

An den
Präsidenten des
Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Karl Josef Denzer MdL
Postfach 1143

7. Oktober 1986
we-p-bo
AZ: 0 - 1910

4000 Düsseldorf 1

mit der Bitte um Weiterleitung an die Damen und Herren Abgeordneten des
Landtags.

An den Minister für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
Herrn Hermann Heinemann
Postfach 11 34

4000 Düsseldorf 1



Förderung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes im Haushaltsjahr
1987

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrter Herr Minister,
sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

wir sehen uns gezwungen, wie in den Jahren 1984, 1985 und 1986, einen besonderen
Antrag auf Erhöhung der Landesförderung zu stellen, um die Leistungsfähigkeit
unseres Verbandes als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege zu erhalten bzw.
wieder herzustellen.

Der im Entwurf des Landeshaushaltes 1987 (Kapitel 07 040, Titel 68411) aus-
gewiesene erhöhte Ansatz für die Zuweisungen an die in der Arbeitsgemeinschaft
der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Organi-
sationen reicht unter Berücksichtigung des geltenden Verteilungsschlüssels bei
weitem nicht aus, den von der Arbeitsgemeinschaft in ihrer Stellungnahme be-
schriebenen Nachholbedarf abzudecken und damit die Erfüllung der von uns zu
leistenden, erheblich gestiegenen Aufgaben wenigstens annähernd zu gewährleisten.

In unserem Antrag zum Landeshaushalt 1986 (Landtagsdrucksache 10/257) hatten wir bereits ausführlich die gestiegenen qualitativen und quantitativen Anforderungen im Verhältnis zu den finanziellen Möglichkeiten unseres Verbandes dargestellt. Diese Anforderungen sind im Laufe dieses Jahres weiter angewachsen.

Zum einen haben die Erwartungen engagierter Bürger/innen in neuen sozialen Vereinen, Initiativen und Selbsthilfeeinrichtungen zugenommen, die beim Verband als Mitglieder Orientierung im sozialen System suchen, die Hilfe zur Selbsthilfe brauchen. (Inzwischen sind über 1.600 rechtlich selbständige Träger sozialer Arbeit mit einer Vielzahl unselbständiger Untergliederungen Mitglied des DPWV in Nordrhein-Westfalen.) Darüber hinaus betreuen wir eine wachsende Zahl von Selbsthilfegruppen, die auch ohne rechtliche Verselbständigung wichtige soziale Arbeit leisten.

Zum anderen werden Hilfen des Verbandes in immer stärkerem Umfang in den Problembereichen Armut/Sozialhilfe/Arbeitslosigkeit gefordert, damit den in diesen Bereichen betroffenen Menschen Hilfen gegeben werden können. In der Vergangenheit haben wir in diesem Zusammenhang z.B. durch das Projekt "Armut und Freie Wohlfahrtspflege" grundlegende Erfahrungen für die Einschätzung des Bedarfs und die Entwicklung von sinnvollen Hilfestrategien im Bereich der sozialen Arbeit gesammelt.

Um in diesen Arbeitsfeldern weiterhin im notwendigen Umfang tätig sein zu können, bitten wir für unseren Verband um eine Aufstockung der Landeszuwendung um

DM 2.000.000,--,

und zwar zusätzlich zu der nach dem geltenden Verteilungsschlüssel vorgesehenen Landesförderung.

Nur eine Förderung durch das Land in dieser Höhe bringt in Verbindung mit einer nachhaltigen Erhöhung unserer Mitgliederbeiträge ab 1987, der Tätigkeit unserer "Paritätischen Geldberatung" und einer günstigen Einnahmeentwicklung bei "Spiel 77" den finanziellen Handlungsspielraum, der erforderlich ist, um eine dem Aufgabenzuwachs entsprechende zusätzliche Zahl von Fachkräften beschäftigen zu können.

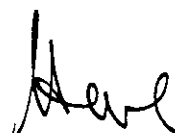
Als (vorsorgliche) Antwort auf die bisweilen immer wieder gestellte Frage, ob die Probleme der Finanzierung unserer Arbeit nicht auch durch eine restriktive Aufnahmepolitik gemindert werden könnten, erlauben wir uns, Ihnen in der Anlage ein Positionspapier zur Kenntnis zu bringen.

In welchem Maße wir als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege tätig und gefordert sind, wird letztlich nicht durch uns, sondern durch die Menschen in Nordrhein-Westfalen bestimmt, die in der sozialen Arbeit tätig sind oder tätig werden wollen und die dabei Hilfe brauchen.

Wir bitten Sie, uns auch für die Zukunft in den Stand zu setzen, Initiative und Bürgerengagement zum Nutzen der Allgemeinheit fördern zu können und wirksam werden zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen


Cord Wellhausen
Vorsitzender

 gez.
Dr. Hans Walter Happel Prof. Dr. Dieter Sengling
stellvertretende Vorsitzende

Anlage

Pluralität – Toleranz – Offenheit

– Die Idee des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes –

aus: DPWV-Nachrichten
Oktober 1986

Der DPWV-Landesverband Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren regelmäßig über 200 Aufnahmeanträge pro Jahr erhalten. Von 20 Gründungsorganisationen im Jahr 1949 ist der Landesverband inzwischen auf 1 600 Mitgliedsorganisationen angewachsen.

Fragen Außenstehender zur Aufnahmepolitik des DPWV begegnet der Vorstand des Landesverbandes mit der nachfolgenden Stellungnahme, die wir den Lesern der DPWV-Nachrichten bekanntgeben möchten.

– Die Redaktion –

Es gibt eine Frage, die dem DPWV seit jeher und immer wieder gestellt wird, eine verbandsspezifische Frage, wie es scheint: Warum nimmt der DPWV eigentlich „alles“ auf? Welches sind die Kriterien seiner Aufnahmepolitik? Daß Satzungen und die Darstellung der Gemeinnützigkeit von Antragstellern geprüft werden, daß Ziele und Zwecke mit dem Grundsatz, soziale Arbeit zu leisten, übereinstimmen müssen, daß die jeweils zuständigen Kreisgruppen vor dem Hintergrund kommunaler Gegebenheiten Stellungnahmen abgeben, meint diese Frage nicht!

Die Fragenden verbinden mit dieser Frage bereits „ihre“ Antwort: Der DPWV ist der „Lumpensammler“ der Freien Wohlfahrtspflege. Ihm fehlt eine deutlich erkennbare gesellschaftspolitische Aussage, ein identifizierbares Profil.

Vielerlei ist an dieser Frage ärgerlich: Erstens, daß mit ihr der sich immer wiederholende Versuch der Ab- und Ausgrenzung gemacht wird, zweitens die Unterstellung der Inhaltsarmut und drittens, daß mit dieser Frage zugleich die eigene Position aufgewertet wird – wir wissen, wer wir sind!

Mit anderen Worten, diese Frage soll Verhältnisse klarstellen, es ist eine Frage von oben nach unten.

Ärgerlich an dieser Frage ist aber auch, daß es uns, dem DPWV, offensichtlich bislang nicht gelungen ist, eine offensive Antwort zu geben, denn sonst würde diese Frage nicht mehr gestellt werden können.

Hier soll versucht werden, die Ursachen für dieses Frageritual zu erklären, weil eventuell nur so das Besondere unseres Verbandes erkennbar wird.

Eine demokratische Gesellschaft lebt von zwei Grundprinzipien, der Pluralität und der Toleranz. Gruppeninteressen bilden sich heraus: weltanschauliche Grundrichtungen, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Verbände etc. Sie formulieren ihre Standpunkte und leiten daraus Ansprüche ab. Soll die Gesellschaft funktionieren, muß der Staat dafür Sorge tragen, daß die Interessen der Gruppen, die sich ihrerseits gegenseitig tolerieren, sich in einer Balance halten.

Dieses Modell demokratischen Zusammenlebens ist einerseits attraktiv, weil es die Vielzahl gesellschaftlicher Kräfte zuläßt und eine große Zahl von Interessengruppen zu befriedigen in der Lage ist.

Andererseits verfestigt sich jedoch dieses Modell, es erstarrt, und wenn sich Gruppenbildungen neu formieren, besteht die Tendenz, daß diese nicht anerkannt werden, weil sie vom Modell abweichen (Wem nehmt Ihr „alles“ auf?). Das Modell begünstigt die bestehenden Gruppen gegenüber den sich herausbildenden. Insofern hemmt dies auf Pluralismus ausgerichtete Modell gesellschaftliche Veränderungen, es verlangsamt Umgestaltungen im System des Gruppenausgleiches.

Bezieht man diesen Befund auf die Freie Wohlfahrtspflege, so wird hier zweierlei klar:

Erstens – die Wohlfahrtsverbände – auch der DPWV – befinden sich innerhalb dieses Modells, sie haben sich als bestehende Gruppen arrangiert, sie tolerieren sich gegenseitig, haben ihren gesellschaftlichen Platz gefunden, sind anerkannt und erhalten entsprechende Förderungen. Mit ihrer Einbindung in diesen etablierten Pluralismus tragen sie jedoch zu gesellschaftlicher Statik bei, zu einer weitgehend geschlossenen Gesellschaft. (Am Prozeß des Scheiterns der Jugendhilfrechtsreform ließe sich dies beispielhaft belegen.)

Zweitens wird deutlich, daß ein Verband, der sich auch öffnet für neue soziale Bewegungen, für Initiativen, die auf gesellschaftliche Veränderungen drängen, die neue gesellschaftliche Probleme identifizieren, daß ein solcher Verband zwangsläufig in Not geraten muß, da er in den Verdacht gerät, den Rahmen des Modells zu sprengen. Noch einmal: Wem nimmt der DPWV „alles“ auf, wo führt das hin?

Für den DPWV spitzt sich das Problem also auf die Frage zu, ob er sich eher geschlossen halten und somit konfliktfrei im Modell verbleiben will oder aber, ob er den Mut und die Kraft findet, die Zeichen der Zeit, d. h. gesellschaftliche Änderungsprozesse, nicht zu überhören und sich den Zukunftsaufgaben offensiv zu stellen.

Die Antwort auf diese Frage fällt leicht: Der DPWV bekennt sich neben den Prinzipien der Pluralität und Toleranz als Wohlfahrtsverband auch zu dem *Grundsatz der Offenheit*.

Drei Gründe seien hierfür genannt:

Offenheit als Tradition des DPWV

Erstens war der DPWV schon immer offen für all diejenigen Organisationen sozialer Arbeit, die sich – aus welchen Gründen auch immer – den eindeutig zu identifizierenden Gruppen, den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden, der Arbeiterwohlfahrt, dem Deutschen Roten Kreuz, nicht anschließen mochten. Offenheit war und ist ein Grundprinzip des DPWV. Er hat „Neues“ schon immer gefördert. Erinnerung sei beispielhaft an die Anfänge der Lebenshilfe oder an die Bewegung der Waldorfpädagogik. Es würde einen Bruch für das geschichtlich gewachsene Selbstverständnis des DPWV bedeuten, sollte das Prinzip der Offenheit aufgegeben werden.

Gesellschaftlicher Bedarf an Offenheit – Erwartungen an den DPWV

Die große Zahl der Vereinsgründungen während der vergangenen Jahre im Bereich sozialer und soziokultureller Arbeit und die damit einhergehenden Aufnahmeanträge beim DPWV zeigen zweitens, daß einerseits die gesellschaftliche Lage vieler Menschen schwieriger geworden ist und offensichtlich die etablierten Formen sozialer Hilfen – ob in öffentlicher oder freier Trägerschaft – keine befriedigenden Antworten auf diese Schwierigkeiten zu geben vermögen, daß andererseits dem DPWV die konstruktive Mithilfe bei der Suche nach alternativen Lösungen zugetraut wird, zumal dieser Verband die Selbständigkeit der einzelnen Mitgliedsorganisationen gewährleistet.

Dies setzt allerdings voraus, daß der DPWV Offenheit zuläßt gegenüber der Definition sozialer Arbeit, z. B. in Richtung soziokultureller Ansätze oder im Hinblick auf Beschäftigungsinitiativen.

Sozialer Wandel durch Offenheit

Drittens schließlich signalisiert die explosive Entwicklung alternativer Selbsthilfegründungen eine Veränderung gesellschaftlicher Problemstellungen (Ökologie, Arbeit ...) und damit die Notwendigkeit, neue Formen der Hilfe zu entwickeln.

Durch Offenheit stellt sich der DPWV diesem gesellschaftlichen Wandel, indem er diesen Wandel wahrnimmt und als gegeben akzeptiert, indem er sich inhaltlich mit diesen Veränderungsprozessen auseinandersetzt (z. B. Beschäftigungsinitiativen) und das Experiment neuer Wege neben einer ausdrücklichen Förderung der anerkannten, eher traditionellen Ansätze (im besten Sinne!) unterstützt.

Der DPWV tut beides: Er steht fest zu dem, was sich in der sozialen Arbeit bewährt hat, er gibt das nicht auf – um keinen Preis –, er öffnet sich zugleich für die Versuche, neue Wege der Zukunftsbewältigung zu finden. Zukunftsgerichtetes Denken und Handeln muß das Bewährte bewahren und das Experiment ermöglichen.

Eine demokratische Gesellschaft braucht neben etablierter Pluralität daher auch die Offenheit. Für den DPWV ist das nicht neu, aber die gegenwärtige gesellschaftliche Problemdichte macht einmal mehr deutlich, wie notwendig es ist, dieses Prinzip der Offenheit nicht aufzugeben, zu dem er auch die Partner in der Freien Wohlfahrtspflege ermutigen möchte.

Die Antwort auf die immer wieder an uns gerichtete Frage „Wen nehmt ihr ‚alles‘ auf?“ bedeutet demnach für den DPWV weder Inhaltsarmut noch gesellschaftspolitische Profillosigkeit – das Gegenteil ist der Fall.

Das innerverbandliche Prinzip Offenheit zielt zugleich auf die stärkere Öffnung unserer demokratischen Gesellschaft, die stets der Gefahr unterliegt, durch die Verfestigung von Gruppeninteressen sozialen Wandel zu erschweren.

Dieses Bewußtsein löst Unsicherheit und Ängste aus, zunächst bei vielen von uns im DPWV selbst, denn auch wir müssen lernfähig und bereit für Veränderungen sein, ganz sicher aber auch bei unseren Partnern in der Freien und Öffentlichen Wohlfahrtspflege. Die Unsicherheit und Ängste lassen sich nur abbauen durch Offenheit auch in der Diskussion miteinander – anerkennend, daß wir verschieden sind und sein wollen. Nur so lebt die aktive Teilhabe einer immer größeren Zahl von Menschen an einer sozialen, solidarischen Gesellschaft.